



HESSISCHER LANDTAG

07. 10. 2014

Plenum

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Verlagerung der Kommunalaufsicht auf die Regierungspräsidien

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag lehnt die laut Koalitionsvertrag geplante generelle Verlagerung der Kommunalaufsicht über die kreisangehörigen Städte und Gemeinden von den Landrätinnen und Landräten auf die Regierungspräsidien ab.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, von der geplanten Verlagerung der Kommunalaufsicht über die kreisangehörigen Städte und Gemeinden von den Landrätinnen und Landräten auf die Regierungspräsidien Abstand zu nehmen.

Begründung:

Der schwarz-grüne Koalitionsvertrag sieht eine Verlagerung der Kommunalaufsicht auf die Regierungspräsidien vor. Dort heißt es:

"Die Aufsicht über die Schuttschirmkommunen durch die Regierungspräsidien Darmstadt, Gießen und Kassel hat sich bewährt. Wir streben an, die Kommunalaufsicht auch für die übrigen kreisangehörigen Kommunen bei den Regierungspräsidien zu konzentrieren."

Die "Hochkonzentration" der Kommunalaufsicht stößt in den Kommunalvertretungen auf klare Ablehnung. Vielerorts wurden Resolutionen gegen die geplante Änderung beschlossen und an die Fraktionen des Hessischen Landtags übermittelt. Zu Recht wird darauf hingewiesen, dass die Übertragung kein probates Mittel sei, um die dramatische Unterfinanzierung der hessischen Kommunen durch das Land auszugleichen. Zudem wird verdeutlicht, dass die kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden auch die Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten bei der Ausübung der Aufsicht über die Kommunen beinhaltet. Dies wäre bei einer Verlagerung von der Landkreis auf die Regierungspräsidiumsebene so nicht mehr gegeben.

Die Verlagerung der Kommunalaufsicht ist daher abzulehnen. Mit der Übertragung auf die Regierungspräsidien wird den regional sehr unterschiedlichen Problemen der kommunalen Haushalte nicht ausreichend Rechnung getragen. Die langjährig bei den Landkreisen angesiedelte Aufsicht soll aufgrund der vorhandenen Kompetenz auch weiterhin dort vollzogen werden.

Wiesbaden, 7. Oktober 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel